

LANDTAG IN KÜRZE

Kleine Anfragen

VADUZ – In der gestrigen Landtagssitzung wurden insgesamt 20 Kleine Anfragen an die Regierung gerichtet. Landtagsabgeordnete wünschen Auskunft über folgende Themen:

Johannes Kaiser (FBP)

- Besserstellung von Teilzeitarbeitskräften

Helmuth Bühler (FBP)

- Holzschnitzelheizungen in öffentlichen Bauten

Alois Beck (FBP)

- Lehrstellensituation

Marco Ospelt (FBP)

- Krankenversicherungsgesetz

Christian Brunhart (FBP)

- Usus bei der Landesverwaltung bezüglich Rechnungsstellung von kleineren Beträgen

Renate Wohlwend (FBP)

- Bewährungshilfegesetz

Peter Lampert (FBP) (Bild)

- Grünschnitt beim Rheindamm



Dorothee Latenser (VU)

- Arbeitslosenbetreuung und -vermittlung

Walter Hartmann (VU)

- Bankenplatz und Fall Behring

Peter Sprenger (VU)

- Arbeitsstellen bei Finanzmarktaufsicht

Ivo Klein (VU)

- Krankenversicherungsgesetz

Erich Sprenger (VU)

- Amtshaftungen
- Ampelanlage Tunnel Steg

Alexander Marxer (VU)

- Luftschadstoffe-Grenzwert
- Strassenbaustellensituation

Walter Vogt (VU)

- Rechtswidrige Bauten

Paul Vogt (FL)

- FL-Logo PR-Kosten
- Einsichtnahme in regionale Eisenbahnstudie
- Medienförderung
- Kostenübernahme im Fall «Entlassung Kindergärtnerin Mauren»



Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kleber-Beck: Das Postulat 2000 wurde zu einem breit getragenen neuen Gesetz zur Bildungsförderung.



Paul Vogt (FL) hatte die «Spendlerhosen» an. Allerdings brachte er keine Mehrheit dazu, für seine Vorhaben ein Auge zuzudrücken.

Stipendiengesetz: «Danke»

Lob und Anerkennung für das revidierte Gesetz – Bildungswege gleichgestellt

VADUZ – Das neue Stipendiengesetz mit all den Verbesserungen ist unter Dach und Fach: In abschliessender Lesung wurde das revidierte Gesetz einhellig verabschiedet. Die Leistung der Regierung fand Anerkennung und Lob.

• Peter Kindle

«Ich bedanke mich für diese Stellungnahme», erklärte die VU-Abgeordnete Ingrid Hassler gestern vor versammeltem Plenum. Sie spreche der Regierung ein grosses Kompliment für die ernsthafte Prüfung der anlässlich der ersten Lesung aufgetretenen Fragen aus. «Alle offenen Fragen sind geklärt. Es hat zahlreiche Verbesserungen gegeben.» Dies die Worte aus der Oppositionsbank, welche der Regierung ein unwandfrees Zeugnis

für eine gute Arbeit und ein gelungenes Gesetz attestiert. Das neue Stipendiengesetz wird am 1. August 2005, pünktlich zu Beginn des kommenden Schuljahres in Kraft treten.

Zahlreiche Vorteile im neuen Besetz

Das revidierte Stipendiengesetz gewährleistet nun eine faktische Gleichstellung der verschiedenen Bildungswege. So wird die berufliche Bildung bezüglich Ausbildungsbeihilfen dem universitären Bildungsweg nicht mehr untergeordnet. Die Anregung dieser Gleichstellung der berufsbegleitenden Ausbildung mit Vollzeit-ausbildungen geht auf ein Bürgerpartei-Postulat aus dem Jahre 2000 zurück. So wurde von den damaligen Postulanten erkannt, dass sich die Grenzen der verschie-

denen Ausbildungstypen durch den modularen Aufbau immer mehr verwischt. Somit wurde es praktisch unmöglich, klare Unterscheidungen bei der Stipendierung zu finden.

Paul Vogt mit «Wahlkampfspendlerhosen»

Die zweite und abschliessende Lesung des Gesetzesvorschlages Auseinandersetzungen. Dies widerspiegelt auch die Tatsache, dass das Gesetz einhellig verabschiedet und für tauglich befunden wurde.

Einzig Paul Vogt (Freie Liste) wartet mit verschiedenen Anträgen auf: Vogt zeigte sich gestern von seiner spendierfreundigen Seite und wollte Beiträge wie Verpflegungskosten und Lehrmittelkosten deutlich erhöhen lassen. Da Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kie-

ber-Beck in der schriftlichen Stellungnahme der Regierung bereits die Sinnhaftigkeit der vorgesehenen Beiträge transparent darlegte und sich der Landtag nicht zu populärem Geschenkeverteilen vor den Wahlen hinreissen liess, wurden die Anträge von Vogt mit grosser Mehrheit abgelehnt.

Nicht aus den Fugen geraten...

Das neue Stipendiengesetz, welches nun zu Beginn des kommenden Schuljahres in Kraft tritt, wird das Land Liechtenstein finanziell nicht aus den Fugen werfen. Den Studierenden bringt das Gesetz wesentliche Vorteile, es wird aber nicht derartige Anreize schaffen, dass «nur des Geldes wegen studiert wird». Sollte wider Erwarten eine grosse Belastung auf den Staat zukommen, regt die Regierung an, die Vorlage neu zu überprüfen.

Regierungschef fand Konsens

Nachtragskredite: Diskussion endete in Beinahe-Politikum

VADUZ – Einhellig genehmigte der Landtag gestern die insgesamt vier Nachtragskreditvorlage. Zu vor sorgte eine angeregte Diskussion für viel Radau um die Räumlichkeiten der Finanzmarktaufsicht. Regierungschef Otmar Hasler verstand es mit seiner integrierenden Art, die Gemüter zu beruhigen und einen akzeptablen Kompromissvorschlag zu unterbreiten.

• Peter Kindle

Damit die Finanzmarktaufsicht (FMA) pünktlich zum kommenden Jahresbeginn ihre Tätigkeiten aufnehmen kann, hat die Regierung insgesamt 520 000 Franken zur Bereitstellung von Büroräumlichkeiten beantragt. Für die Oppositionspolitiker Ivo Klein und Erich Sprenger reichten die Begründungen für die notwendigen Anpassungsarbeiten am zu mietenden Gebäude nicht aus, um eine Zustimmung zu erteilen. Die beiden Mitglieder der Finanzkommission sprachen sich zwar für die grundsätzliche Ausrichtung und Ausgestaltung der FMA aus, wollten aber detailliert über die anfallenden Kosten informiert werden.

Unübliche Vorgehensweise

Regierungschef Otmar Hasler und der FBP-Abgeordnete Rudolf Lampert erklärten den beiden wissensdurstigen VU-Abgeordneten, dass es immer wieder zu räumlichen An-

passungen und Renovationsarbeiten bei öffentlichen Bauten komme. «Dazu gibt es ein Sammeltkonto im Budget, welches belastet wird.» Es sei nicht üblich, dass – beispielsweise bei Renovationsarbeiten an einer Schule – der Landtag jeweils bis ins letzte Detail der Arbeit informiert werde. Kosten für derartige Aufgaben würden diesem Konto belastet, ohne dass der Landtag gesondert darüber zu befinden habe.

Nichts zu verbergen

Regierungschef Otmar Hasler führte dezidiert an, dass er weder beim Kredit für die Anpassungen

der FMA-Räumlichkeiten, noch bei anderen Bauprojekten in Sachen verstecken habe. Sollte der Landtag wünschen, über jedes Projekt bis ins tiefste Detail informiert zu werden, so könne über eine grundsätzliche Praxisänderung gerne diskutiert werden. Sollte es gewünscht sein, über jede bauliche Anpassung eines öffentlichen Gebäudes einen Finanzbeschluss beraten zu wollen, müsse dies besprochen werden.

Bau einstellen?

Die Abgeordneten Ivo Klein und Erich Sprenger beantragten in der

Folge, die Kreditgesprächung auf die kommende Landtagssitzung zu verschieben, bis sämtliche Details der anfallenden Kosten zu ihrer Zufriedenheit aufgezeigt würden. «Was wollen Sie nun?», so die Frage von Rudolf Lampert, FBP. «Sollen die Arbeiten eingestellt werden?» Er verstehe, dass man über die Kosten transparent informiert werden wolle, aber die Konsequenzen aufgrund eines Baustopps wäre eine verzögerte Arbeitsaufnahme der FMA.

Kompromiss befürwortet

«Es ist nicht wert, aus dieser Diskussion ein Politikum zu machen», erklärte Regierungschef Otmar Hasler dem versammelten Plenum: So bot er an, einen reduzierten Nachtragskredit in der Höhe von 200 000 Franken zu beantragen, damit mit den ersten Arbeiten zur Bereitstellung der FMA-Räumlichkeiten begonnen werden kann. «Ein Baustopp würde eine verzögerte Arbeitsaufnahme der FMA nach sich ziehen. Diesen Vorwurf lasse ich mir nicht gefallen.» Der Regierungschef weiter: Er werde gerne die geforderten Details nachreichen und den Landtag transparent informieren. «Der Umbau der Räumlichkeiten ist verhältnismässig», so der Regierungschef.

Der Kompromissvorschlag des Regierungschefs fand auch einhellige Zustimmung im Landtag, ebenso wie die dringliche Genehmigung der restlichen beantragten Nachtragskredite.



Ad-hoc-Richter bestellt

VADUZ – Der Landtag hat in seiner gestrigen Sitzung Ad-hoc-Richter für drei Verfahren gewählt. Es sind dies für:

- Verfahren StGH 2004/11 Rechtsanwalt Robert Beck, Triesen
- Verfahren StGH 2004/41 Rechtsanwältin Nicole Kaiser, Vaduz
- Verfahren StGH 2004/57 Rechtsanwalt Pius Heeb, Vaduz.



Rudolf Lampert (FBP, rechts) samt seinem Fraktionskollegen Marco Ospelt: Die Nachtragskredite wurden mit einem Kompromissvorschlag des Regierungschefs einhellig beschlossen.